

**BUS
FÜR
ALLE**



**Für einen
bezahlbaren
öffentlichen
Nahverkehr**

Eine Aktion der  **OFFENE LINKE ANSBACH**

Pressemitteilung

Ansbach, 21.06.2012

Nach Einbruch der Fahrgastzahlen: Mangelnde Transparenz führte zu Fehlentscheidung

AbuV-Aufsichtsräte müssen Preisexplosions-Beschluss jetzt korrigieren

Offene Linke fordert Rückkehr zu Tarifstufe S und öffentliche Debatte über Preispolitik im ÖPNV

Vier Wochen nach Start der Aktion „Bus für alle“, mit der die Offene Linke gemeinsam mit Ansbacher Bürgerinnen und Bürger für einen bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr eintritt, machten Nachfragen der *Fränkischen Landeszeitung* (FLZ, Ausgabe 19.06.12) bei Aufsichtsräten der Ansbacher Bäder- und Verkehrsgesellschaft GmbH (ABuV) deutlich, dass bei den Verantwortlichen für die Verteuerungen von bis zu 56% im ÖPNV inzwischen durchaus Nachdenken und Selbstkritik über deren Abstimmungsverhalten an der Tagesordnung zu sein scheinen.

Erneut habe sich das Instrument nicht-öffentlicher Sitzungen 100%iger städtischer Gesellschaften der Daseinsvorsorge als „Bumerang“ erwiesen, erklärte hierzu die Offene Linke: „Mangelnde Transparenz und demokratische Kontrolle durch die Öffentlichkeit haben zu den Fehlentscheidungen bei der Tarifierhöhung im ÖPNV geführt.“ Nach wie vor lasse OB Seidel als Aufsichtsratsvorsitzende den Ansbacher Stadtrat im Unklaren über die Quartalsauswertung mit Blick auf den Nahverkehr, obwohl der ABuV-Sprecher gegenüber der FLZ bereits Details nannte. Dessen etwas überraschende Analyse, der Einbruch bei den Fahrgastzahlen sei unter anderem auf das G8 an Gymnasien zurückzuführen, könne auf diese Weise nicht annähernd verifiziert werden.

Um den Erfolg des Nahverkehrsplans und des Klimaschutzkonzepts zu erreichen ist nach dem Einbruch der Fahrgastzahlen um 20% in den Augen der Offenen Linken die Korrektur des Preisexplosions-Beschlusses durch den AbuV-Aufsichtsrat jetzt dringend geboten: „Ansbach muss zur Tarifstufe S zurückkehren. Anschließend sollte die ÖPNV-Preispolitik grundlegend im Stadtrat als demokratisch gewähltes Gremium, nicht in Geheimräten im Hinterzimmer, öffentlich beraten werden.“ Mittelfristig müssten Fehlentscheidungen von Aufsichtsräten wie im Falle der Preisexplosionen beim Busverkehr, aber auch im Aquella, durch die zügige Novellierung der Vertragsgestaltung der städtischen Gesellschaften im Vorfeld verhindert werden. Und zwar unter der Maßgabe öffentlicher Sitzungen und eines Weisungsrechts des Stadtrats gegenüber Aufsichtsräten.

Auf große Resonanz trifft die Aktion „Bus für alle“ derweil insbesondere bei Menschen, die auf den Nahverkehr zwingend angewiesen sind, etwa Seniorinnen und Senioren, sowie bei sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern, denen es seit den massiven Preiserhöhungen kaum mehr möglich ist, Bus zu fahren, fasste die Offene Linke ihre Eindrücke bei den Infoständen zusammen.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat